

Aus dem Sitzungssaal vom 17.05.2019

Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin aus Mittelrot meldet sich und nimmt Bezug auf eine Bausache in Mittelrot, die am heutigen Abend im Gemeinderat behandelt wird. Das Bauvorhaben steht gegenüber ihres landwirtschaftlichen Stallgebäudes und der historischen Kirche. Bereits in dieser Woche fand hierzu eine Vorstellung in der Teilortsversammlung statt und viele Einwohner von Mittelrot können das Gebäude nicht befürworten und auch einige Gemeinderatsmitglieder.

Sie hat Unterschriften gesammelt, bisher haben 56 Personen unterschrieben. Sie wird der Verwaltung das Schriftstück zukommen lassen. Das Problem der Mittelroter Bürger mit dem Vorhaben ist, dass das geplante Gebäude nicht in das Ortsbild passt, auch die Kirche verdeckt und der landwirtschaftlich geprägte Ortskern daraus entstehende Emissionen beinhaltet, die auch künftige Mieter betreffen würden. Ihr Wunsch wäre, die Entscheidung zu vertagen bis das Landratsamt Schwäbisch Hall entscheidet, oder dass kein Einvernehmen erteilt wird. Ihr ist bekannt, dass der Gemeinderat nicht entscheidet, weil kein Bebauungsplan vorliegt, sondern das Landratsamt Schwäbisch Hall.

Weiter fragt sie, was wäre, wenn das Einvernehmen erteilt wird, was dies besagt bzw. ob das Einvernehmen erteilt werden muss oder der Gemeinderat dies auch ablehnen kann. Bürgermeister Miola antwortet, dass diese Fragestellung nachher vom Gemeinderat beantwortet wird, weil ihm für das Einvernehmen die Entscheidung obliegt. Im Zusammenhang erwähnt er, dass er die von der Bürgerin vorgelegte Stellungnahme im Gemeinderat verteilt hat und einige Inhalte bekanntgeben wird.

Ein weiterer Bürger fragt nach, weshalb die Bürgerinitiative für die Auchthalde nicht kostenlos im redaktionellen Teil des Amtsblattes, wie auch Vereine, veröffentlicht darf. Hierbei handelt es sich um einen neuen Aufruf für eine Bürgerinitiative und zum jetzigen Zeitpunkt sieht Bürgermeister Miola daher keine Möglichkeit für eine kostenlose Veröffentlichung.

Im Weiteren geht der Bürger auf das Bauvorhaben in Mittelrot ein. Ihm geht es ähnlich wie der Vorrednerin und für ihn wäre es wichtig, dass wie in der Schweiz üblich ein Lattengerüst erstellt wird, aus der die Kubatur erkennbar wäre. Für ihn sind Laien mit den Plänen überfordert und so könnten sie sich dies auch sinnvoll vorstellen. Bürgermeister Miola antwortet, dass in diesem Falle ein Anhörungsrecht gegeben ist, also unser Einvernehmen gefordert ist. Die letztendliche Entscheidung, ob sich das Gebäude in seiner Kubatur in die Umgebung einpasst, ist die Entscheidung des Landratsamts Schwäbisch Hall. Für uns selbst haben wir entsprechende Bilder gemacht, die nachher noch gezeigt werden. Inwieweit sie für die Meinung des Gemeinderats ausschlaggebend sind, wird sie unter dem Tagesordnungspunkt zeigen. Die Problematik hierbei ist, dass die Gemeinde innerhalb eines Monats, spätestens aber nach zwei Monaten eine Stellungnahme abgeben muss, ansonsten wird das Einvernehmen als gegeben vorausgesetzt. Dies regelt § 54 LBO.

Im Weiteren fragt der Einwohner nach, welches Büro für die Artenschutzuntersuchung im Bereich Auchthalde beauftragt werden soll und welche Arten untersucht werden, sowie ob später dann in die Ergebnisse Einsicht genommen werden kann.

Bürgermeister Miola antwortet, dass es ihm nichts ausmachen würde, wenn das Gutachten eingesehen würde. Das Landratsamt Schwäbisch Hall wird einen Vorschlag für die Untersuchung machen, dem sich dann die Gemeinde anschließt. Soweit jetzt festgestellt, sollen die Brutvögel und Fledermäuse untersucht werden, so die Stellungnahme des Landratsamts. Hierzu wird dann vom Bürger bekanntgegeben, dass ein Biologe bereits ein Gutachten erstellt hat und Herr Zorzi vom Umweltzentrum würde noch Heuschrecken, Schmetterlinge usw. untersuchen. Bürgermeister Miola erläutert, dass nicht wie bei den jetzigen Bebauungsplänen so hinreichende Untersuchungen notwendig sind, sondern nur das, was das Landratsamt Schwäbisch Hall gefordert hat. Das waren die Brutvögel und Fledermäuse.

Bebauungsplan „Kellerfeld, 2. Änderung“

hier: Sachstandsbericht mit Beschlüssen

Eine Familie aus dem Bereich Kellerfeld hat an den Gemeinderat die Anfrage gestellt, ob es möglich wäre, dass ihr Gebäude im Amselweg aufgestockt werden könnte. Hierbei soll ein Mehrgenerationenhaus verwirklicht werden, in dem „Alt und Jung“ miteinander leben. Sie haben dies dann auch mit ihrer persönlichen Situation ausgiebig und nachvollziehbar begründet. Nachdem in diesem Bereich auch die Gemeindeverwaltung schon vor einiger Zeit zusammen mit dem Gemeinderat eine Bebauungsplanänderung überlegt hat, wurden die Planungen wieder aufgenommen. Gespräche mit Vertretern des Kreisplanungsamtes haben ergeben, dass dies nun ein Grund wäre, das Verfahren fortzuführen. Hierzu fand eine Besichtigung dieser Flächen im Bereich Kellerfeld statt und ein Bebauungsplan wurde abgegrenzt. Andere Bereiche in diesem Umfeld sollten nicht herangezogen werden, da sie abschließend bebaut sind bzw. Änderungen nicht beabsichtigt sind. Die Grenze wurde anhand eines Planes näher dargelegt.

Nachdem zwischenzeitlich im Bereich, in dem auch Flachdächer vorgesehen waren, ein Gebäude mit einem Satteldach gebaut wurde, wäre die damalige Aussage zu korrigieren. In der Aktennotiz zur heutigen Besprechung wird deshalb vorgeschlagen, den untergeordneten Bauteil von max. 40 % der jeweiligen Gebäudelänge als Flachdach zuzulassen.

Im Folgenden wurden auch Inhalte für die Bebauungsplanänderung besprochen, wobei dann das Gebäude Lerchenweg 7 und Amselweg 9 aufgestockt werden könnten, wie dies auch im Umfeld gegeben ist. Die weiteren freien Flächen oder bebauten Flächen im Bereich der geplanten Bebauungsplanänderung wären dann an die heutigen Anforderungen anzupassen. Hierzu wurden Vorschläge für die Firsthöhe, die Dachneigungen, die Dachgauben und Stellplatzregelung vorgeschlagen. Soweit der Gemeinderat seine Zustimmung gibt, würde das Kreisplanungsamt entsprechende Unterlagen vorbereiten, um einen Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss für diesen Bereich zu fassen.

In diesem Zusammenhang wird aus dem Gemeinderat auch die damalige Anfrage aus diesem Bereich angesprochen. Bürgermeister Miola informiert, dass dies damals eine Einzelfallregelung war, die nicht weiterverfolgt wurde und heute sich der Sachverhalt aufgrund anderer Gegebenheiten anders darstellt. Angedacht ist mit einem ganzen Stockwerk in diesem Bereich das Gebäude aufzustocken. Der Gemeinderat kann heute nicht abschließend abstimmen, sondern es muss sich im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Private zeigen, ob für oder gegen diese Gesamtbebauungsplanänderung Bedenken oder

Anregungen vorgetragen werden. Im Anschluss daran können wir dann durch Satzungsbeschluss eine Änderung herbeiführen.

Im Vorfeld zur Gemeinderatssitzung wird der Gemeinderat dann vor Ort die Bebauungsplanänderung erläutert bekommen, da viele neue Gemeinderäte dem Gremium angehören werden.

Abschließend stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, das Verfahren unter den gegebenen Inhalten wie sie in der Aktennotiz dargestellt werden aufzunehmen. Das Kreisplanungsamt soll eine Vorlage schaffen, damit der Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss gefasst werden kann.

Bebauungsplan „Auchthalde“

Umsetzung der Anregungen aus der Bürgerversammlung und artenschutzrechtliche Prüfung mit Beschlüssen

In der Bürgerversammlung wurde angeregt zu prüfen, ob kleinere Bauplätze und Mehrfamilienhäuser im Baugebiet möglich wären. Von Seiten des Landratsamts wurde mitgeteilt, dass noch eine artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich wäre, über Brutvögel und Fledermäuse (Quartiere).

Von einer Grundstücksbesitzerin im Baugebiet Auchthalde wurde angeregt, ob ihr Flurstück, eine Wegfläche, herausgenommen werden kann.

Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, dass diese Untersuchungen durchgeführt werden.

Der jetzige Vorschlag hat wenig damit zu tun, dass das Baugebiet umgesetzt werden soll, sondern nur für ein mögliches Bürgerbegehren oder eine spätere Bebauung zu prüfen, ob dies sinnvoll möglich wäre und nicht erst dann zu beginnen, wenn es notwendig ist.

Die Kosten für ein artenschutzrechtliches Gutachten betragen 4.000,00 – 4.500,00 Euro. Die Haltbarkeit des Gutachtens beträgt 5 Jahre. Aus dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, wie auch in der Einwohnerfragestunde angeregt, weitere Untersuchungsinhalte festzulegen, sei es Fledermäuse, Vögel usw. Bürgermeister Miola denkt, dass die Notwendigkeit der Untersuchung durch das Landratsamt Schwäbisch Hall dokumentiert ist und nicht unabhängig davon Untersuchungen stattfinden sollten. Ggf. wäre dies auch noch näher zu konkretisieren.

Im Weiteren wird auf dieses Gutachten noch näher eingegangen und auch diskutiert, ob mehr untersucht werden soll oder nicht. In diesem Zusammenhang wird angesprochen, dass die Gutachten nur von März bis August möglich sind und nachdem wir uns im Mai befinden, sollte das Gutachten derzeit nicht durchgeführt bzw. der Beschluss darüber verschoben werden. Aus der Zuhörerschaft wird vorgetragen, dass dort für den Zeitraum schon eine erste Kartierung vorliegt. Bürgermeister Miola bittet, dies vorzulegen, was ihm aber aus der Zuhörerschaft nicht zugesagt wird.

Im Weiteren zieht Bürgermeister Miola den Antrag wegen der artenschutzrechtlichen Untersuchung aus den zeitlich genannten Gründen zurück, sodass dann nur die Untersuchung durch das Kreisplanungsamt ansteht, kleinere Bauflächen zu untersuchen, Mehrfamiliengebäude unterzubringen und auf den Feldweg zu verzichten.

Der Beschluss ergeht bei einer Enthaltung einstimmig.

Grund- und Werkrealschule Fichtenberg

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Miola Herrn Johannes Lindner, Herrn Architekt Manfred Schoch und unseren Rektor Herrn Andreas Haller.

a) Information über Hinweisverfahren Grund- und Werkrealschule Oberrot

Bürgermeister Miola informiert, dass es eine Besprechung mit den Rektoren der Grund- und Werkrealschulen Fichtenberg und Oberrot und den beiden Bürgermeistern mit dem Staatlichen Schulamt gegeben hat. Dies war äußerst fruchtbar. Hierauf haben wir einen gemeinsamen Antrag gestellt, das für unsere Schulen kein weiteres Hinweisverfahren erfolgt. Begründet wird dies durch die Sonderstellung unserer Grund- und Werkrealschulen und der zu erwartenden Schülerzahlsteigerungen. Im Bereich des Kochertals, im Hohenlohekreis wurden entsprechende Angaben in dieser Form positiv beantwortet, sodass wir auch damit rechnen. Die entsprechende Stellungnahme wurde dann noch mit Fakten hinreichend untermauert. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

b) Information über die Zuschussgewährung für die Sanierungsmaßnahmen und Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat unseren Zuschussantrag zu 100 % bewilligt. In dieser Maßnahme ist die Erneuerung der Heizungsanlage, eine neue EDV-Verkabelung und Sanierungsmaßnahmen beinhaltet. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1.000.000,00 Euro.

Architekt Schoch hat zur Sitzung einen Zeitplan unter Anhörung der Schulverwaltung gefertigt. Die Arbeiten sollten außerhalb der Schulzeiten stattfinden, sodass derzeit angedacht ist, die Fenstersanierungen im Herbst durchzuführen und alle anderen Sanierungsmaßnahmen und die EDV-Verkabelung in den kommenden Ferien – also im nächsten Jahr. Nur die Heizungsanlage sollte über die Sommerzeit ausgeschrieben werden, damit sie im Herbst noch getauscht werden kann. Herr Lindner führt hierzu aus, dass wir zwei Heizkessel haben und wir einen abschalten können und diesen dann auch ersetzen, sodass immer eine Heizung zur Verfügung steht bzw. dann für die Winterzeit eine neue Heizung eingebaut ist. Alle weiteren Fragen der Sanierung, Zeitplan und auch Sanierungsinhalte, können dann in aller Ruhe mit dem neuen Gemeinderat besprochen und abgestimmt werden. Hierzu sollte ein Vororttermin stattfinden und auch ein Besuch einer Schule, die schon über eine entsprechende EDV verfügt. Herr Rektor Haller bietet dem Gemeinderat an, dass einzelne interessierte Gemeinderäte im Unterrichtsbetrieb die Schule nach Voranmeldung besuchen können.

Aus dem Gemeinderat wird angesprochen, ob eine Änderung der Be- und Entlüftungsanlage notwendig ist. Herr Schoch führt aus, dass dies noch nicht weiter untersucht wurde und in der jetzt kommenden Zeit erfolgen soll. Für die angedachte Baumaßnahmen sind keine baurechtlichen Genehmigungen nötig, allenfalls für die Umnutzung der Lehrerwohnung, die ebenfalls beantragt wurde.

Der Gemeinderat beschließt abschließend einstimmig, dass entsprechende Ingenieurverträge mit den Planern, Architekturbüro Manfred Schoch, Architekturbüro Lindner und Edwin Göggerle Ingenieure, abzuschließen und die notwendigen Untersuchungen zu veranlassen und baurechtlichen Genehmigungen soweit notwendig, einzuholen. Ebenfalls soll die Vergabe vorgenommen werden, wenn die Kostenschätzungen eingehalten sind.

c) Neues Raumkonzept (Vorstellung)

Herr Rektor Haller hat zur Gemeinderatssitzung eine Raumkonzeptbegründung geliefert. Diese erläutert er anhand von Daten und Schülerzahlen. Dabei geht er dann auch auf die Wünsche der Schule ein, u. a. wäre es wünschenswert, den Havanna-Club als Aufenthaltsraum zurückzubekommen. Bei diesem Konzept ist auch eine Neuordnung der Betreuungsunterbringung vorgesehen. Hierzu wurde das Betreuungspersonal noch nicht gehört. Die Gemeindeverwaltung wird dies nachholen und Herr Haller wird sie darüber informieren. Das Ing.-büro wird damit beauftragt, zu prüfen, ob die angesprochenen Inhalte und Veränderungen auch in unseren Kostenschätzungen bereits enthalten sind. Zum Termin mit dem Gemeinderat müsste sonst eine Kostenüberarbeitung stattfinden. Nach einigen kurzen Rückfragen aus dem Gemeinderat nimmt dieser den Vortrag zur Kenntnis. Im Herbst wird mit dem neuen Gemeinderat ein Termin stattfinden, an dem vor Ort ein Konzept durchgesprochen und dann auch anschließend entschieden werden kann. Dabei werden dann die entsprechenden weiteren Sanierungsmaßnahmen näher begutachtet und der Umfang festgestellt.

d) Medienkonzept (Vorstellung) mit Information über Zuschuss mit Beschlüssen

Herr Rektor Haller führt zu diesem Thema ein.

Diese Fragestellung und der Umfang der Digitalisierung und Verwendung von I-Pads und anderen technischen Geräte im Unterricht wurde auch im Lehrerkollegium kontrovers diskutiert, ob dies so gewollt ist oder was die Kinder bekommen sollen. Im Einzelnen geht Herr Haller dann auf seine Vorlage ein, die mit Kosten hinterlegt ist. Bürgermeister Miola findet diese Ausarbeitung sehr wichtig, da mit einem Zuschussaufruf demnächst zu rechnen ist, da der Bund und die Länder sich auf eine Verteilung geeinigt haben. Wir warten jetzt für das Land Baden-Württemberg ab, wie dort eine Umsetzung der Regelung erfolgt, und gleichzeitig können wir dann auch entsprechend schnell reagieren.

Im Weiteren wird bekanntgegeben, dass auch in Absprache mit der Gemeinde Oberrot eventuell gemeinsame Inhalte angeschafft werden, damit beim Schülertausch (Klasse 5/6 von Fichtenberg geht in Oberrot und Klasse 7/8/9 von Oberrot geht nach Fichtenberg in die Schule), gleiche Voraussetzungen vorgefunden werden bzw. Synergieeffekte bei gleichen Geräten genutzt werden können. Darüberhinaus schlägt Bürgermeister Miola vor, ob dies nicht auch eine Frage für das gesamte Limpurger Land ist, da unsere Schüler wieder nach Gaildorf gehen bzw. von Gaildorf einige Schüler zu unserer Grund- und Werkrealschule zurückkommen.

Nach einigen Rückfragen aus dem Gemeinderat nimmt der Gemeinderat den Vortrag zur Kenntnis.

e) Maßnahmen und Ausschreibungsbeschlüsse

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Maßnahmen und Ausschreibungsbeschlüsse für die Sanierung der Heizung, der EDV-Anlage und der Sanierung des Gebäudes. Die beteiligten Ing.-büros können nunmehr alle der Ausschreibung dienenden Unterlagen über die Sommerzeit erstellen und beide genannten Maßnahmen (Fenster Auswechslung/Heizungserneuerung) können begonnen werden. Die Beauftragung der Architekten wird nochmals einstimmig bestätigt. Sobald der Landeszuschuss für die Digitalisierung ausgeschrieben wird, kann

die Gemeinde Fichtenberg in Absprache mit der Schulverwaltung einen Zuschussantrag stellen. Der Gemeinderat gibt dazu einstimmig seine Zustimmung. Ausdrücklich wird die Gemeindeverwaltung auch nochmals ermächtigt, bei den Ausschreibungsgewerken die Vergabe vorzunehmen, wenn sie im Rahmen der Kostenschätzungen liegen.

f) Verschiedenes

Rektor Haller wiederholt sein Angebot, dass Gemeinderäte gerne auch während des Schulbetriebes den Unterricht besuchen dürfen. Bürgermeister Miola schlägt nochmals vor, dass wir bei der Gemeinde Michelfeld die digitale Schule kennenlernen und am gleichen Tag unser Schulraumprogramm und die Digitalisierung vor Ort in der Grund- und Werkrealschule besprechen und die Sanierung dazu erläutern. An diesem Termin soll auch der Architekt Manfred Schoch teilnehmen, der im Vorfeld dazu nochmals mit unserem Rektor die Wünsche und Anregungen der Schulverwaltung, wie sie vorher dargestellt wurde, hinsichtlich der Zuschussgewährung hin überprüft sowie auch, ob es sich um neue Punkte handelt, die Mehrkosten verursachen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola bei Herrn Rektor Andreas Haller und Herrn Johannes Lindner für ihr Kommen und die Darstellung in der Gemeinderatssitzung.

Kindergarten Fichtenberg

hier: Bedarfsplanung und Personaleinstellung für die kommenden Jahre

Sachstandsbericht mit Beschlüssen

Aufgrund der bisherigen Hochrechnungen (durch Bedarfsabfragen, Rückmeldungen von kommenden Zuzüglern nach Fichtenberg usw.), ergibt sich eine Erhöhung der Kinderzahlen, die nicht mehr durch die bisherige Betriebserlaubnis des Kindergartens abgedeckt ist. Erfahrungsgemäß werden sich die Zahlen zwar noch reduzieren, trotzdem wird voraussichtlich der Platzbedarf steigen. Zum Ende dieses Kindergartenjahres und für das nächste Kindergartenjahr und laut bisheriger Zahlen ca. bis zu 26 Plätzen. Anhand einer Übersicht wird dies dem Gemeinderat nochmals näher anschaulich erläutert. Es muss daher eine Erweiterung der Betriebserlaubnis geprüft werden und es bedarf daher eine Neuordnung der Räume und eine zusätzliche Einstellung von Kindergartenpersonal. Es werden die entsprechenden Möglichkeiten dargestellt, wie die Kinderzahlen zu erreichen sind. Anhand von Plänen der Räume und auch in der Darstellung, in welchen diese sich befinden werden. Konkret heißt dies, dass der jetzige Raum unter dem Musiksaal der Schule zu einem Gruppenraum entweder für Kleinkinder in Ganztage oder für eine VÖ-Gruppe (verlängerte Öffnungszeit) werden kann. Somit wären die steigenden Zahlen aufgefangen. In der Folge wäre dann noch zu überlegen, wo dann die musikalische Früherziehung, die Sprachförderung und die Vorschule stattfindet. Hier ist es sicherlich relativ einfacher, eine Möglichkeit zu finden, die gängig ist. Es gibt noch Räume im Bereich der Gemeindehalle, aber auch eventuell in der Schule, die gemeinsam genutzt werden können. Für die Teamsitzung und die Vorbereitungszeit wäre es aber notwendig, einen anderen Raum zu finden. Dies hat dazu geführt, dass die Gemeindeverwaltung mit der Evangelischen Kirchengemeinde Kontakt hatte. Bei der Kirchengemeinde wurde angefragt, ob es denkbar wäre, die eine Wohnung, die direkt im Kindergarten integriert ist, als Team-Raum zu nutzen und für die Erzieherinnen für die

Vorbereitungszeit einen entsprechenden Arbeitsplatz zu schaffen. Die Wohnung selbst kann nicht mehr vermietet werden, weil sie zentral im Innenraum der Kindertageseinrichtung besteht. Kurzfristig hat uns der Kirchengemeinderat die Zustimmung dazu gegeben, so dass wir darüber verhandeln können, wie eine entsprechende Vereinbarung aussehen kann. Mit dieser Fragestellung wären alle Fragen geklärt. Herr Schoch führt in diesem Zusammenhang aus, welche räumlichen Umbauten notwendig wären und was sie kosten. Dies wiederum wäre Gegenstand einer Abfrage beim Sanierungs- und ELR-Programm, inwieweit wir Zuschüsse erhalten können bzw. bei der Kindergartenförderung direkt. Hierzu wäre es wichtig, dass wir eine Studie haben, um die Maßnahmen einfachst aufgearbeitet als Grundlage für eine Zuschussabfrage zu klären. Herr Jaeschke von der Stadtentwicklung Südwest würde dies auf dieser Grundlage mit dem Regierungspräsidium Stuttgart für die Sanierungsmittel durchführen. Bei der Sanierung wären für die alte Wohnung im Kindergarten verschiedene Maßnahmen abzuklären, wie z.B. die Sanierung des Bodens und der Wände, Ausbau des Bades und erstellen von

Büroplätzen bzw. für den Raum in der Grund- und Werkrealschule der Einbau einer Wand. Jeweils wäre auch die Schallschutzfrage für diese Räume zu klären. Im Bereich des oberen Raumes in der Grund- und Werkrealschule würden Kosten von ca. 26.180,00 Euro entstehen. Für den der Wohnung im Kindergarten Kosten von ca. 41.055,00 Euro. Die Situation der Kindergartenwohnung wird näher hinterfragt oder aber auch, ob diese Maßnahmen später in beiden Räumen wieder rückgängig gemacht werden könnten, wenn sie hinderlich wären. Bürgermeister Miola antwortet hierauf, dass dies möglich wäre bzw. auch alle anderen Möglichkeiten zulässt, so dass dies gar nicht mehr notwendig ist. In Bezug auf die Sanierung wäre auch eine Gesamtaufnahme vorzunehmen, die über diese zwei Räume hinausgeht, und auch weitere Sanierungsinhalte berücksichtigt. Deshalb wäre es notwendig, dort die Gebäudeteile nochmals näher zu betrachten und ggf. in ein Sanierungskonzept aufzunehmen.

Bei der einfachsten Möglichkeit eine VÖ-Gruppe im oberen Kindergarten zu integrieren bzw. Kleinkinder unterzubringen und die Wohnung umzubauen, bedarf es bei dieser Konzeption zwei neue Erzieherstellen. Durch Arbeitszeiterweiterungen und auch Reduzierungen beim bestehenden Kindergartenpersonal wären jetzt 1,7 Stellen auszuschreiben. Eine Stelle kostet ca. 50.000,00 Euro/Jahr.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, die Stellen auszuschreiben und beauftragt dann den amtierenden Kindertageseinrichtungsausschuss für die Stellenbesetzung zusammen mit der Kindergartenleitung, Vertreter der Evangelischen Kirchengemeinde und der Gemeindeverwaltung. Ebenfalls beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass eine Aufnahme der Gebäudesubstanz durchgeführt wird, um einen Sanierungsantrag zu prüfen und weiterhin zu prüfen, ob andere Zuschussmöglichkeiten aus dem ELR-Programm oder der Kindergartenförderung bestehen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola bei Herrn Architekt Manfred Schoch für seine heutige Mitarbeit im Gemeinderat.

Ortskernsanierung Fichtenberg – „Ortskern II – Bahnhofstraße“

hier: Sachstandsbericht und Erhöhungsantrag / Zeitraumverlängerung

Bürgermeister Miola informiert, dass der derzeitige Zeitraum für das Sanierungsgebiet Ende 2020 ausläuft und bis dorthin alle Mittel aufgebraucht sind. Beabsichtigt war, in diesem Mittelrahmen auch die Sanierung der Mühle im Ortskern zu bezuschussen. Derzeit ist die Mühle wohl verkauft, aber ein Konzept konnte noch nicht erstellt werden und bedarf auch noch einer Absprache mit dem Landesdenkmalamt. Die jetzt erhobenen Sanierungskosten würden durch unsere Mittel nicht mehr gedeckt werden können. Daher hat man vor, den Sanierungszeitraum zu verlängern und einen weiteren Erhöhungsantrag der Mittel zu stellen. Hierin könnte, wie vorgenannt, auch Kosten für die Sanierung des Kindergartens und der nachher noch anstehenden Gemeindehalle mitaufgenommen werden. Ebenso noch private Maßnahmen, die uns bekannt sind.

Bürgermeister Miola gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass noch eine Maßnahme im Bereich der Hauptstraße mit 25.000,00 Euro bezuschusst worden ist. Allgemein wird nochmals informiert, dass sich die Fördersumme für private Maßnahmen daraus ergeben, dass das Land 60 % dieser Kosten fördert und wir 40 %. Dies ist also eine ganz stolze Summe, die die Gemeinde in den letzten Jahren in den Ortskern investiert hat. Das Ergebnis lässt sich aber auch sehen.

Abschließend stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, dass die Gemeindeverwaltung die Vorgaben für eine Erhöhung des Budgets und der Zeitraumverlängerung aufarbeitet und mit den Architekten der Steg StadtentwicklungSüdwest den notwendigen Erhöhungsantrag stellt.

Sanierung der Ver- und Entsorgungsleitungen in der Ortsdurchfahrt Mittelrot und der Falleitung Hochbehälter Staufenberg-Mittelrot

hier: Sachstandsbericht über die Zuschussgewährung mit Beschlüssen

Im letzten Jahr hatten wir eine Zuwendung nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft für die Erneuerung der Ortsnetzanlagen und der Kanalisation der Ortsdurchfahrt in Mittelrot gestellt. Beide Anträge wurden zwischenzeitlich abgelehnt.

Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, die Anträge erneut mit überarbeiteten Kosten einzureichen.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Bauausschusssitzung vom 03.04.2019

hier: Information mit Beschlüssen

Aus dem Gemeinderat war im letzten Jahr angesprochen worden, dass die Grünflächenbepflanzung von Straßen und im Ortskern vom Bauausschuss besichtigt werden sollte und ein Vorschlag für die Aufarbeitung stattfinden soll. Dies ist zwischenzeitlich geschehen und der Bauausschuss schlägt vor, ein Angebot für die Instandsetzung der Anlagen im Ortskern vorzunehmen, sowie eine Neuantragstellung des NABU-Zuschusses zu beantragen. Hieraus ergibt sich auch der Tatbestand, dass in Wiesenbereichen nur sporadisch nachgesät wird bzw. die Nachsaat nur ergänzt wird. Für den Ortskern hatte dies zur Folge, dass die Gemeindeverwaltung ein Angebot bei der Landschafts- und Gartenbaubaumschule Sigmund in

Eschach eingeholt hat. Mit Kosten von ca. 2.800,00 Euro wäre es möglich, die Pflanzinseln/Pflanzflächen im Ortskern Kirchweg, Tälestraße und Marktplatz zu überpflanzen und auch vier Pflegegänge im Jahr vorzunehmen.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, an die Baumschule die Arbeiten zu vergeben.

Im Weiteren war eine Stelle im Bauhof ausgeschrieben. Aufgrund des Bewerberfeldes hat der Bauausschuss angeregt, diese Stelle nochmals im Herbst auszuschreiben.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, im Herbst eine erneute Ausschreibung vorzunehmen.

Verschiedenes

Rundholzverladung entlang der Bahngleise

Hierbei wurde festgestellt, dass sich die Beschwerden der Anlieger häuften, dass beim Holz Entladen der gemeindliche Grünstreifen beschädigt wurde. Die Gemeindeverwaltung hat hierauf mit den entladenden Firmen Kontakt aufgenommen, um sie über den Zustand zu informieren und gebeten, dass diese Dinge unterbleiben.

Im Bauausschuss war dann die Meinung, dass zudem mit der Bahn nochmals verhandelt werden soll, um eine bessere Zufahrt zu erreichen und zum anderen, falls dies keine Wirkung hat, auch eine entsprechende Anzeige erstattet werden soll.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Parkbuchten entlang der L 1050 Richtung Oberrot, Gemarkung Fichtenberg

Gemeinderätin Bianca Weiss hatte hierzu Kontakt mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall. Die dortigen Stellungnahmen nahm die Verwaltung in der Bauausschusssitzung zum Anlass, auch den Bauausschuss darüber zu informieren, der sich mit der Frage beschäftigt, ob diese Flächen für den Parkverkehr von LKW's geschlossen werden sollen oder offen gehalten werden müssen.

Nach einer sehr angeregten Diskussion hat der Bauausschuss beschlossen, dass sie offen gehalten werden müssen, da wir sonst wieder mit parkenden LKW'S im Ortskern, Obere Riedwiesen oder anderen Parkflächen rechnen müssen, wie in der Vergangenheit schon vorgekommen. Zwischenzeitlich liegt es auch eine Stellungnahme des Landratsamts vor, nach der die Gemeinde selbst nicht darüber entscheiden kann, sondern die Straßenbauverwaltung und diese hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie das LKW-Parken nicht schließen wird. Darüberhinaus wollen sie sich der Entmüllung dieser Flächen widmen und sehen es noch als dringlich an, dass für die Amphibien eine Lösung während der Laichzeit gefunden wird. Dies hätte dann ggf. auch die Folge, dass ein Zaun zum Biotop errichtet würde.

Dem Gemeinderat wird zugesagt, die Stellungnahme des Landratsamtes vorzulegen, wie sie Gemeinderätin Weiss bereits erhalten hat. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Verkauf gemeindlicher Wohnbauflächen

hier Sachstandsbericht mit weiterer Verfahrensweise

Auch dieser Punkt war Gegenstand in der Bauausschusssitzung. Der Bauausschuss hat hierzu die Anregungen aus der Bürgerversammlung und die der Gemeinderäte gebündelt und in einem Schreiben zusammengefasst. Es gibt mehrere Punkte, die zu hinterfragen sind, die dann auch zur Abstimmung gestellt werden sollen, ob sie in einen Verkaufskatalog aufgenommen werden und dann noch punktuell mit Wertungspunkten unterlegt sind.

Die Gemeindeverwaltung schlug vor, auch den Punkt Erbbaurecht(wie in der Bürgerversammlung angesprochen) und den Punkt, ob jemand in Fichtenberg beschäftigt ist, aufzunehmen. Ansonsten soll nach der Kommunalwahl mit dem neuen Gemeinderat die Liste entsprechend nach Kriterien und Bewertungspunkten aufgearbeitet und dann im Gemeinderat bekanntgegeben werden. Inhaltlich könnte dies der Bauausschuss vornehmen.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig diesem Vorschlag zu.

Teilortversammlungen Erlenhof vom 07.04.2019, Teilortversammlung Mittelrot vom 13.05.2019, Teilortversammlung Langert vom 15.05.2019

hier: Information mit Beschlüssen

Bürgermeister Miola informiert, dass die Versammlungen gut besucht waren. Ein Rückgang der Besucher war in Mittelrot zu verzeichnen, da wir nicht mehr in der Gastwirtschaft waren, sondern im alten Schulhaus im Übungsraum des Liederkranzes Mittelrot. Ansonsten waren es sehr rege Diskussionen, auch zu aktuellen Themen. Die entsprechenden Hinweise aus der Bevölkerung wurden aufgenommen und können in der Bewertung gut eingebracht werden. Dies bedeutet, dass zukünftig die Teilortversammlungen weiter stattfinden werden.

Im Einzelnen wird auf einzelnen Inhalte eingegangen und die Verwaltung hat jeweils ein Protokoll erstellt, an deren Ende auch die Aufträge an die Verwaltung stehen, die im Einzelnen kurz bekanntgegeben und die dann demnächst auch umgesetzt bzw. an entsprechenden Stellen weitergeleitet werden.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola nochmals bei allen teilnehmenden Gemeinderäten und den Kandidaten und Kandidatinnen der kommenden Kommunalwahl, dass sie sich Zeit hierfür genommen haben und aktiv ihr Interesse auch in den Teilorten damit bekunden.

Antragstellung Förderprogramm „Natur nah dran“ – 2019

hier: Information über die Zuschussgewährung mit Beschlüssen

Wir haben im letzten Jahr einen Zuschuss hierzu gestellt. Mit Schreiben vom März diesen Jahres wurde der Zuschuss abgelehnt. Von dort wird mitgeteilt, dass sie sich selber über eine erneute Bewerbung freuen würden.

Der Gemeinderat stimmt einer erneuten Bewerbung einstimmig zu.

Weihnachtsmarkt Fichtenberg

hier: Resümee 2018, Fortführung 2019

Der letztjährige Weihnachtsmarkt wurde erstmals durch die Gemeinde durchgeführt, nachdem er nicht mehr durch den Handels-, Gewerbe- und Selbstständigenverein und den Folgeträger "DorLe" durchgeführt wird. Die Aussteller und Vereine haben sich, wie in vorangegangenen Jahren, toll in diese Veranstaltung eingebracht und stehen für nächstes Jahr wieder zur Verfügung. Dieser Sachverhalt wurde bei der letzten gemeinsamen Besprechung auch im Protokoll dokumentiert. Eine Rückfrage hatten wir wegen der Abrechnung, die noch näher im nichtöffentlichen Teil erläutert wird. Frau Horny und dem Bauhof sind Dank zu sagen, dass sie die Lücke schließen konnten und dem Bürger zusammen mit den Vereinen und den Ausstellern einen tollen Weihnachtsmarkt präsentiert werden konnte. Der Abmangel beläuft sich ohne Arbeitsstunden des Bauhofes und der Verwaltung auf 860,00 Euro. Die Arbeitsstunden des Bauhofes würden sich auf ca. 850,00 Euro belaufen, so dass wir im Abmangelbereich von unter 2.000,00 Euro wären ohne Kosten der Verwaltung. Dies ist zu vertreten. Die Abrechnungsmodalitäten wurden dahingehend geändert, dass pro laufender Meter Aufstellfläche (12,50 Euro/lfd. Meter) und der Umsatz (9 %, max. 180,00 Euro) als Basis gewählt worden ist. Die Vereine und Aussteller stehen auch nächstes Jahr zur Verfügung, so dass Bürgermeister Miola den Antrag stellt, dass der Weihnachtsmarkt nächstes Jahr fortgeführt wird, unter Leitung von Frau Regina Horny von der Verwaltung, mit Unterstützung durch den Bauhof.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, so zu verfahren und auch im nächsten Jahr einen Weihnachtsmarkt in der gegebenen Form weiterzuführen. Bürgermeister Miola wird im Rahmen seiner Gespräche mit den Gewerbetreibenden um Unterstützung bitten, ob vielleicht manche Attraktion hinzukommen kann.

Beschlossen wird, dass Beschallung, Beleuchtung, Stromversorgung und deren Betreuung durch den OBU-Verleih aus Fichtenberg zu einem Preis von 1.250,00 Euro erfolgt. Im letzten Jahr waren es 970,00 Euro, aber wir mussten zwei Personen für den Auf- und Abbau stellen. Dieser Preis ist gerechtfertigt.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, dass die Beschallung, Beleuchtung und Stromversorgung durch den OBU-Verleih aus Fichtenberg (Oliver Burmester) erfolgt.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola nochmals bei allen teilnehmenden Vereinen und Ausstellern für ihre Bereitschaft, unseren Weihnachtsmarkt zu unterstützen, der zwischenzeitlich zu einem Highlight zum Ende des Jahres für die Bevölkerung geworden ist, die nicht verstanden hätte, wenn der Weihnachtsmarkt nicht mehr stattfinden würde.

Neuanschaffung eines Defibrillators für die Gemeindehalle Fichtenberg

Im Jahr 2003 hat die Gemeinde Fichtenberg einen Defibrillator beschafft. Nach beinahe 16 Jahren wäre der Akku zu ersetzen und eine Wartung durchzuführen, sowie Erwachsenen- und Kinderelektroden zu beschaffen. Nach Rückfrage mit dem Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuz, Ortsgruppe Fichtenberg Herrn Michael Schramm und Herrn Thomas Pfalzer von der Freiwilligen Feuerwehr Fichtenberg wäre eine Neuanschaffung eine sinnvolle Investition, um auf dem neuesten Stand zu sein, unabhängig davon, dass Refinanzierungskosten für die Instandsetzung von 700,00 Euro anfallen würden. Bei dem Angebot des damaligen Herstellers, der auch jetzt ein Angebot abgegeben hat, liegt der Bruttopreis bei ca. 2.430,00 Euro. Ein Vergleichsangebot der Firma Fleischhacker liegt bei ca. 1.952,00 Euro. Das zweitgenannte Gerät hätte den Vorteil, dass ein baugleiches Gerät bei der Feuerwehr im Einsatz ist und Herr Thomas Pfalzer die Schulung machen dürfte, weil er dort eine Einweisung erhalten hat. Beim neuen Gerät würde die Betreuung durch den DRK Ortsverein Fichtenberg erfolgen.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat der Beschaffung eines neuen Defibrillators von der Firma Fleischhacker zum genannten Preis von ca. 1.952,00 Euro einstimmig zu.

Gemeindehalle Fichtenberg

hier: Sanierung der Heizungsanlage

Herr Johannes Lindner hat hierzu in der Vergangenheit einige Aufarbeitungen vorgenommen und konnte durch seine Berechnungen erreichen, dass wir nach dem EEG Gesetz keinen Ausgleich für die Gemeindehalle machen müssen, da unsere Energierückgewinnungsanlage in der Gemeindehalle schon ausreichend ist. Sie wurde 1986 eingebaut und nach der Gasumstellung mit einem Gasbrenner ausgestattet. Es wäre aus energetischen Gründen sinnvoll und vor allen Dingen auch aus zeitlicher Sicht, die Heizung auszuwechseln. In seinem Honorarvertrag hat Herr Lindner bereits die Schulheizung und auch diese Heizung berücksichtigt. Sofern diese beiden gemeinsam ausgeschrieben werden bzw. auch wenn sie einzeln ausgeschrieben werden, würde er für uns den günstigeren gemeinsamen Tarif wählen, wenn dies auch mit einer Vergabe erfolgt.

In diesem Zusammenhang wird auch bekanntgegeben, dass auch hier eventuell ELR- oder Sanierungsmittel möglich wären. Auch hier sollte eine Aufnahme der notwendigen Sanierungsmaßnahmen erfolgen, um diese Zuschussfähigkeit abzuklären.

Abschließend stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, den Auftrag an Herrn Lindner zu vergeben und die Aufarbeitung eines Konzepts zur Abklärung eines Zuschussantrages zu erstellen. Die Gemeindeverwaltung ist einstimmig ermächtigt, entsprechende Leistungen für das Ing.-büro Manfred Schoch zu vergeben.

Bausachen

Errichtung einer Lagerhalle und PKW Stellplatz, Bebauungsplan „Gewerbegebiet Obere Riedwiesen II, 1. und 2. Änderung“

Nach Aussage des Landratsamts Schwäbisch Hall entspricht das Baugesuch den Vorgaben des Bebauungsplans.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage und Einliegerwohnung, Bebauungsplan „Sonnenrain, 2. Änderung“

Nachdem Bürgermeister Miola der Bauantragsteller und daher befangen ist, übergibt er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Bürgermeister Jörg Weckler und nimmt im Zuhörer-raum Platz.

Das Baugesuch wurde im Kenntnissgabeverfahren eingereicht und entspricht dem Bebauungsplan.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Bürgermeister Miola übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage, Bebauungsplan „Waldeck, 3. Änderung“

Zur Genehmigung bedarf es einer Befreiung für die Überschreitung der Baugrenze im Nordosten. Das Landratsamt Schwäbisch Hall würde diese Befreiung mittragen.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Befreiung und dem Baugesuch zu.

Dachsanierung mit Gaubenerneuerung am bestehenden Wohnhaus, Mittelrot

Bisher liegt keine Stellungnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall in dieser Bausache vor. Ein Bebauungsplan besteht in diesem Bereich nicht.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig diesem Bauvorhaben zu.

Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelcarport und Doppelgarage und Einliegerwohnung, Bebauungsplan „Hofloch III“

In der Stellungnahme vom Landratsamt Schwäbisch Hall wurde daraufhingewiesen, dass die Zufahrt grundsätzlich von der öffentlichen Straße auf das Grundstück erfolgen muss. Daher wäre ein Grundstücksteil der der Bauantragstellerin gehört, baulastmäßig noch zu sichern. Hierbei ist zu beachten, dass die Zufahrt nicht über den im Bebauungsplan ausgewiesene Grünfläche erfolgt.

Der Gemeinderat stimmt dem Bauvorhaben einstimmig zu.

Neubau eines 6-Familien-Wohnhauses mit 8 Garagen, Mittelrot

In der in dieser Woche stattgefundenen Teilortsversammlung im Bereich Mittelrot, wurde dieses Bauvorhaben schon von Anliegern und der Bevölkerung angesprochen. In der Folge liegen uns auch Einwendungen der Angrenzer und eine Unterschriftsliste vor. Die entsprechenden 5 Punkte werden im Einzelnen vorgetragen. Ebenso wird bekanntgegeben, dass das Landratsamt Schwäbisch Hall zwischenzeitlich von der Bauantragstellerin eine Höhenabwicklung angefordert hat und zudem mitgeteilt wurde, dass beim Wohngebäude mit mehr als 2 Wohnungen die Wohnung eines Geschosses barrierefrei erreichbar, sowie die Wohnungen in dieser Ebene barrierefrei nutzbar und mit dem Rollstuhl zugänglich sein müssen. Die Planungen wären dahingehend noch zu ändern. Ebenso wird noch eine Baulastübernahmeerklärung eingefordert. Die Pläne wären daher entsprechend zu ändern. Von Seiten der Gemeinde ist in einem Zeitraum von einem Monat seit Eingang des Bauantrages darüber zu entscheiden, ausnahmsweise kann dies mit einer Fristverlängerung von einem weiteren Monat auf zwei Monate verlängert werden. Nachdem das Baugesuch am 18.04.2019 eingegangen ist, würde eine Vertagung oder hinausschiebende Entscheidung nicht mehr bis zur nächsten Sitzung am 28.06. ausreichend sein.

Die Verwaltung bittet daher heute dem Baugesuch zuzustimmen.

Im Bereich des Bauvorhabens gibt es keinen Bebauungsplan, so dass die Genehmigungsfähigkeit von der umliegenden Bebauung abhängt. Aus diesem Sachverhalt heraus ergibt sich eine sehr angeregte und intensive Diskussion im Gemeinderat. Die Diskussion geht von der Frage zu vertagen bis hin zum Ablehnen oder zuzustimmen. Gemeinderat Jörg Weckler hat hierzu auch noch einen Fragekatalog zusammengestellt:

- Gebührende Berücksichtigung der fast 600 Jahre alten St.-Georgs-Kirche in allen Belangen;
- Berücksichtigung des Ortsbildes: Der geplante Neubau muss sich in die Ensemble-Ansicht der Mittelroter Straße einfügen;
- Höhenaufnahme der umliegenden Gebäude: Neubau muss sich einfügen;
- Schutz der Nachbarn;
- Berücksichtigung der ländlich-dörflichen Struktur von Mittelrot und der benachbarten landwirtschaftlichen Nutzungen;
- Parkplätze und Stellflächen in notwendiger Anzahl und Größe, z. B. auch für Mülltonne der späteren Bewohner;

Die Gemeindeverwaltung zeigt Bilder aus diesem Bereich, um die Einschätzung der umliegenden Bebauung darzustellen. Vielfach wird die Bauweise als zu massiv angesehen, ggf. könnte das Bauvorhaben als 4-geschossig bewertet werden. Das Umfeld der landwirtschaftlichen Nutzung wird auch von den Gemeinderäten nochmals thematisiert. Potentielle Käufer können eventuell das Umfeld nicht einschätzen und daher wäre schon Ärger vorprogrammiert. Der Wunsch von Bürgermeister Miola wäre, dem Baugesuch zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass das Landratsamt Schwäbisch Hall bei einer Genehmigung die Punkte der Unterschriftsliste und von Gemeinderat Jörg Weckler näher untersucht und soweit diese einer Genehmigung nicht entgegenstehen, dann auch das Baugesuch genehmigen.

In diesem Zusammenhang wird aus dem Gemeinderat angesprochen, dass es hier notwendigerweise eine Bauausschusssitzung hätte geben müssen. Dies wird die Gemeindeverwaltung für die Zukunft berücksichtigen und die Bauausschusssitzungen im Vorfeld zur Gemeinderatssitzung wieder einberufen.

Zum Abschluss wird von zwei Gemeinderäten noch vorgetragen, dass der Vorschlag der Verwaltung sinnvoll ist, da er auch bei allen anderen Bauvorhaben bisher so praktiziert worden ist. Die Einwendungen der einzelnen Gemeinderäte wären dabei auch berücksichtigt. Bei 5 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen wird dem Baugesuch unter der Vorgabe, dass das Landratsamt diese Punkte in der Genehmigungsfähigkeit berücksichtigt, mehrheitlich zugestimmt.

Die Gemeindeverwaltung wird die Unterschriftsliste und die Punkte von Gemeinderat Jörg Weckler explizit aufführen und auch die in der Gemeinderatssitzung gezeigten Bilder bei der Stellungnahme mitversenden.

Dachgeschossumbau/Erweiterung durch 3 Flachdachgauben, Bebauungsplan „Auchwiesen, Änderung“

Von Seiten des Landratsamts Schwäbisch Hall fand noch keine Stellungnahme statt.

Geplant sind Dachgauben zur besseren Nutzung des Dachbodens. Soweit das Landratsamt Schwäbisch Hall eine Genehmigungsfähigkeit sieht, schlägt die Verwaltung vor, zuzustimmen.

Der Gemeinderat stimmt der Baumaßnahme einstimmig zu.

Errichtung einer Großraumgarage, Abbruch vorhandener Carport, Bebauungsplan „Bühl III“

Auch hier liegt noch keine Stellungnahme des Landratsamtes Schwäbisch Hall vor.

Der Gemeinderat sieht hier eine Verbesserung des Umfeldes und stimmt einstimmig der Baumaßnahme zu.

Geländeauffüllungen Diebach und Untere Riedwiesen

Der Gemeinderat stimmt den Auffüllungen einstimmig zu.

Bericht von den Baustellen

Sanierungsmaßnahmen, Erneuerung Wasserleitung und Instandsetzung Abwasserleitung in der Gartenstraße, Birkenweg und Bühlstraße

In der März Sitzung wurde bekanntgegeben, dass die Baumaßnahmen bis zur Sommerpause abgeschlossen sind. Dieser Termin wird nicht zu halten sein. Die Bauzeit im Birkenweg verlängert sich schon gegenüber der ursprünglichen Bauleitplanung um ca. 4 Wochen. Aufgrund der günstigen Gasanschlussangebote der OdR für die Anwohner (die Vorverlegung ist umsonst), haben sich kurzfristig noch Hausbesitzer für einen Gasanschluss entschieden, weshalb sich die Bauzeit verlängert hat. Derzeit wird der Bauzeitenplan aktualisiert. Bauende laut Ausschreibung ist der 02.11.2019. Die Strom- und Monorohranschlüsse sind im Birkenweg

eingebaut und fertig installiert. Ebenso ist die neue Wasserleitung an das bestehende Wassernetz angeschlossen worden. Allgemein wird angesprochen, dass die Hinweise an die Bürger in der Zukunft zeitiger erfolgen werden, da die Urlaubszeit ansteht. Ende Mai werden in der Gartenstraße und Bühelstraße Notversorgungen aufgebaut. Hierzu werden noch Ortstermine mit den Anwohnern durchgeführt.

Amphibienschutzmaßnahme entlang der Landesstraße L 1050 bei der Heiligklingbrücke Richtung Oberrot, Kreisstraße K 2613 auf Höhe des Rückhaltebeckens Diebach und Zufahrt zum Regenrückhaltebecken

Die Maßnahme wird außerhalb der Badezeiten stattfinden. Soweit an schlechten Tagen Baden nicht möglich ist, können einzelne Bereiche auch schon vorher durchgeführt werden. In diesem Falle wäre die Dammstraße zu schließen und die Zufahrt zum Seestüble würde über die Parkplätze erfolgen. Im Bereich der Kreisstraße ist dies insgesamt unproblematisch, da dort keine neuen Kreuzungen mehr erstellt werden.

Festplatz an der Rot

Durch die Regenfälle in der letzten Zeit war der Festplatz beim Musikvereinfest sehr aufgeweicht. Nach Absprache mit dem Musikverein hat die Gemeinde eine Schotterung im Festzelt mitgetragen. Die Gemeinde hat 200,00 Euro für das Material aufgebracht und der Musikverein hat das Material verteilt.

Im nächsten Jahr steht dort das 40jährige Jubiläum des Vereins an. Die Gemeinde hat mit dem Verbandsbauamt und mit dem Bauhof die Fragestellung aufgearbeitet, ob es sinnvoll ist, jetzt schon entsprechende neue Drainagen einzubauen oder abzuwarten, bis das Fest ansteht und wie sich die Situation darstellt. Dies wird von den Beteiligten befürwortet, da jetzt die Arbeiten bis ca. 5.700,00 Euro kosten würden und nicht gewährleistet ist, dass die Drainagen dann funktionieren. Dies hängt vor allen Dingen mit der Erde in der Abdeckung des Festplatzes zusammen, die wasserundurchlässig ist. Die Gemeindeverwaltung wird aber Wieseneinsaat vornehmen, da durch den trockenen Sommer im letzten Jahr keine Grasnarbe mehr vorhanden ist.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1.000,00 Euro. Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola für die Mitarbeit des Musikvereins Fichtenberg e.V.

Baumaßnahme Langwiesenweg

Im Vorfeld zur Baumaßnahme wurde von der Feuerwehr angeregt, vor der gemeindlichen Verlegung in dieser Straße die Wasserleitungen auf DN 100 auszubauen, da auf dem Betriebsgelände der Firma Scholz Recycling AG eine Wasserleitung DN 100 verlegt worden ist. Hierzu wäre dann die Löschwasserversorgung verbessert. Bisher erfolgt dies über eine Zisterne. Hieraus resultieren Mehrkosten von ca. 3.300,00 Euro einschließlich Mehrwertsteuer. Die Firma Scholz Recycling GmbH hat beantragt, dass dieser Anschluss erfolgt und die Mehrkosten getragen werden. Hinzu kommt, dass die Firma einen Verbundgroßwasserzähler einbauen muss und am Tag gewährleistet, dass 2 Kubikmeter Trinkwasser entnommen werden. Ebenso wird sie die Genehmigungen hinsichtlich der Wasser- und Löschwasserversorgung beim Landratsamt Schwäbisch Hall klären.

Der Gemeinderat stimmt der Maßnahme zu.

Erneuerung Fallleitung Hochbehälter Staufenberg nach Fichtenberg/Auffüllung Kläranlage

Zur Spülbohrung sind zwei Raumsondierungen nötig. Um diese vorzubereiten, bedarf es noch eines Baugrundgutachtens. Es entstehen Kosten in Höhe von 1.000,00 Euro. Diese wurde zwischenzeitlich in Auftrag gegeben.

Bahnhof Fichtenberg, Nebengebäude

Die Baumaßnahme wird in kurzen Worten erläutert. Die Rohbaumaßnahmen sind beinahe abgeschlossen. Der Kostenrahmen wird eingehalten. Bei Öffnen des Daches wurde festgestellt, dass mehr Sparren kaputt sind, als eigentlich angenommen war. Dies war vorher nicht ersichtlich. Es wird mit Mehrkosten von 2.000,00 Euro gerechnet.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Wegebauprogramm 2019 und Deckensanierung von örtlichen Straßen

Das Wegebauprogramm ist ausgeschrieben. Die Submission erfolgt am 4.6.2019. Die Bindefrist gilt bis 30.06.2019. Nachdem in diesem Zeitpunkt keine Gemeinderatssitzung stattfindet, außer der Verabschiedungs- und Einsetzungssitzung, bittet die Gemeindeverwaltung um die Ermächtigung, die Arbeiten zu vergeben, sofern die Angebotssumme im berechneten Rahmen liegt.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Reduzierung Umfang Baum Ortseingang Erlenhof (Angrenzerantrag)

Bereits im Januar diesen Jahres hat sich der Gemeinderat mit diesem Sachverhalt auseinandergesetzt und beschlossen, dass im Rahmen der Teilortsversammlung auch die dortigen Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen werden. Ergebnis der Sitzung war, dass der Baum erhalten werden soll und der „Zwieselteil“ des Baumes gesichert wird. Daneben besteht noch die Möglichkeit, den Baum zurückzuschneiden, mit der Maßgabe, dass dieser nach kurzer Zeit dann wieder die gleichen Ausmaße hat. Dies würde ca. 960,00 Euro + Mehrwertsteuer kosten.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, den Baum in der Form zu erhalten wie er jetzt da ist, keine Kürzung der Seitentriebe vorzunehmen und die Sicherung zwecks Standsicherheit (Zwiesel) mit 500,00 Euro + Mehrwertsteuer vorzunehmen.

ESTW-A Fichtenberg (Fornsbach), Erneuern Bahnübergang Plapphof Rückbau mechanisches Stellwerk hier: Sachstandsbericht mit Beschlüssen

Von Seiten der Deutschen Bahn AG war zwischenzeitlich nach einem Termin mitgeteilt worden, und in der Teilortsversammlung für den Bereich Rupphof, Plapphof, Retzenhof, Hornberg und Langert explizit dargestellt, dass eine Straßenüberführung über den Schanz-Tunnel nicht umsetzbar ist und daher nicht weiter verfolgt wird. Gegenüber der Auffassung von da-

mals würde die Bahn aber den jetzt bestehenden Bahnübergang belassen und den rechtlichen Anforderungen gerecht um- und ausbauen. Die dafür notwendigen kreuzungsbedingten Kosten müsste die Gemeinde zu 1/3 tragen, bei einer Zuschussmöglichkeit von 50 % bei der Landesförderung. Die Bahn selbst würde für die Sicherungstechnik zusätzlich zu ihrem Drittel noch 500.000,00 Euro beitragen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn auch von allen Beteiligten die Maßnahme mitgetragen wird, sodass auch die Zustimmung der Grundstückseigentümer für einen geringen Grunderwerb notwendig ist und dies dann in einem Plangenehmigungsverfahren möglich wäre. Soweit sich alle auf diesen Sachverhalt einigen können, würde dies die Deutsche Bahn AG mittragen. Sofern hieraus Probleme entstehen, würden sie ein Planfeststellungsverfahren stellen und dann aber nur die kostengünstigste Variante über Fornsbach durchführen. Dies ist nach Ansicht aller Beteiligten aus der Teilortsversammlung, der Bahn und auch der Gemeinde Fichtenberg nicht gewünscht. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, dass die Gemeinde dem Bestand und dem Ausbau des bestehenden Bahnüberganges zustimmt, obwohl dadurch keine 100%ige Sicherheit für den Verkehr gewährleistet ist. In nächster Zeit würde die Deutsche Bahn AG alle Beteiligten, Gemeinderat, Anlieger und Grundstücksbesitzer zu einer Besprechung vor Ort einladen.

Neubau zweier Mehrfamilienwohnhäuser mit 4 und 10 Wohneinheiten im Bebauungsplan „Zentrum, Bereich Hauptstraße, Tälestraße, Mühlweg“, 2. Änderung

hier: Information über das Baugesuch und die Farbgebung mit Beschlüssen

Architekt Schoch erläutert, dass gegenüber den bisher vorliegenden Befreiungstatbeständen für die Umsetzung des Bauvorhabens keine weitere Befreiungen notwendig wären. Die Befreiungen beziehen sich auf die Dachform als versetztes Pult- und Satteldach und der Überschreitung der Firsthöhe im Bereich des zweiten Hauses um ca. 50 cm. Dies wird in der Sitzung anhand eines Plans nochmals erläutert.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Im Weiteren geht es um die Farbgebung dieses Gebäudes. Diese Vorschläge werden im Gemeinderat gezeigt.

Nach einer kurzen Diskussion wird vereinbart, dass Farbmuster auf dem fertiggestellten Gebäude angebracht werden, damit der Gemeinderat dann entscheiden kann, ob er mit dieser Farbgebung zufrieden ist. Diese sollen sich an dem jetzt schon bestehenden Gebäude an der Tälestraße orientieren.

Verschiedenes

Breitbandversorgung, interkommunale Zusammenarbeit mit dem Landkreis Schwäbisch Hall

Bürgermeister Miola informiert, dass am heutigen Tag die WFG Schwäbisch Hall mitgeteilt hat, dass sich der Zweckverband zwar in Vorbereitung befindet, derzeit aber noch nicht entstanden und existent ist. Deshalb kann der Zweckverband selbst noch keine Förderanträge stellen, Breitbandinfrastrukturen errichten oder einen Netzbetreiber suchen. Zu beachten ist aber das Bundesförderprogramm, das befristet bis zum 31.12.2019 festgelegt ist. Deshalb ist es wichtig und auch richtig, dass diese Frist nicht verstreicht und der Landkreis, mit der

Koordination und Federführung sowie alle notwendigen Dinge wie Bauausschreibungen, Förderantragstellungen usw. , beauftragt wird. Eine entsprechende Mustervollmacht und Auftragserteilung wurde dem Schreiben beigelegt.

Im Einzelnen werden dann nochmals inhaltliche Fragestellungen beantwortet.

Abschließend stimmt der Gemeinderat einstimmig zu, dass die Gemeindeverwaltung die Vollmacht- und Auftragserteilung dem Landkreis Schwäbisch Hall unterzeichnen kann.

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen „Hausen II“ der Gemeinde Oberrot hier: Durchführung vorbereitender Untersuchungen/Anhörung Träger öffentlicher Belange

Bürgermeister Miola informiert über die dortigen Maßnahmen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und bedankt sich für die Anfrage.

Entwicklungs- und Ergänzungssatzung „Fornsbach – Modell; Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die Gemeindeverwaltung informiert über das Anliegen der Stadt Murrhardt über die Aufstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung „Fornsbach – Modell“. Der Geltungsbereich der Ergänzungssatzung befindet sich an der südlichen Grenze der Gemarkung Fornsbach, südlich der L 1066 bzw. Gaildorfer Straße und ca. 200 m vom Ortskern entfernt. Die Ergänzungssatzung ist ein dringender Wohnraumbedarf einer bereits in Fornsbach ansässigen Familie planungsrechtlich zu sichern.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und bedankt sich für die Anfrage.

Grundstücksangelegenheiten

hier: Ankauf / Verkauf und Grundstücksrechte, Vorkaufsrechte und grundstücksgleiche Rechte

Bürgermeister Miola informiert, dass unsere Anfrage bei der Deutschen Bahn AG zum Erwerb eines Teilabschnitts der Deutschen Bahn entlang des Grundstücks Nr. 559 und Grundstücks Nr. 556 bis zur Eisenbahnunterführung Abschnitt 563 nicht zugestimmt worden ist. Wir haben insoweit aber darauf hingewiesen, dass diese Verbindung schon seit Bestehen der Bahnlinie um 1880 als Fußweg benutzt wird und wir daraus ein Gewohnheitsrecht ableiten.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Annahme von Spenden

Den eingegangenen Spenden wird einstimmig zugestimmt.

Bekanntgabe und Sonstiges

Winterdienstvertrag ab 04/2019 bis 30.03.2022

Der jetzige Vertragspartner, das Dienstleistungsunternehmen Uhlbach, Familie Jäger GbR, stimmt einer Verlängerung zu den gleichen Konditionen wie bisher zu.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Die Gemeindeverwaltung wird einen entsprechenden Vertrag abgeben.

Geschwindigkeitsmessgerät

Es werden Auswertungen für den Bereich Erlenhofer Straße und Schulstraße bekanntgegeben. Wesentliche Überschreitungen sind nicht gegeben. Aus dem Gemeinderat wird angesprochen, dass vor ca. 2 Wochen eine Kontrolle der Polizei in der Schulstraße stattfand. Decken sich die Ergebnisse mit unseren Daten und hat unsere Geschwindigkeitsmessung Auswirkung gezeigt? Die Verwaltung erhält das Ergebnis der polizeilichen Messungen.

Aus dem Gemeinderat wird weiter vorgetragen, dass Personen, die den Stausee suchen, in der Erlenhofer Straße schneller als 30 km/h fahren. Könnte man die Geschwindigkeit zur Verdeutlichung nicht nochmals auf den Boden malen? Dies wurde im Rahmen der Verkehrsschau bereits vorgetragen und abschließend nur für zwei Stellen genehmigt (Eingang Erlenhofer Straße und Schulstraße).

Winterdienstkosten 2018/2019

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 24.550,93 Euro und liegen damit nochmals unter dem letzten Jahr und wesentlich unter den Kosten der vorangegangenen Jahren, die ca. bei 40.000,00 Euro pro Jahr lagen.

Die Gemeindeverwaltung bedankt sich bei den Bauhofmitarbeitern, die durch ihren Einsatz einen tollen Dienst machen und auch für die Sicherheit unserer Bevölkerung sorgen. Hierfür haben sie einen Essensgutschein erhalten.

Der Gemeinderat nimmt diese zur Kenntnis.

Gaswarngerät für den Bauhof

Das jetzige Gaswarngerät muss ersetzt werden. Es liegen mehrere Angebote vor. Das günstigste Angebot liefert die Firma SHL Laborbedarf GmbH aus Neckarwestheim unter Berücksichtigung der Wartungspauschalen, die jährlich durchgeführt werden müssen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis. Hierbei handelt es sich um eine außerplanmäßige Ausgabe.

Haushaltsplan, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019

Von Seiten des Landratsamts Schwäbisch Hall wird mitgeteilt, dass die Gesetzmäßigkeit des Haushaltsplans gegeben ist. Hierbei wird noch auf einzelne Punkte eingegangen, die alle sehr erfreulich gestaltet und ausgeführt sind. Es haben sich hieraus die kommunalen Vermögensverhältnisse auf Jahresende 2019 ausgezeichnet. Die Gemeinde bleibt schuldenfrei, es besteht kein Investitionsstau und die Mittel der allgemeinen Rücklagen werden bei rund 6 Mio. liegen, das entspricht etwa dem jährlichen Ausgabenvolumen des Verwaltungshaushalts oder dem vierfachen eines Jahresüberschusses. So gerüstet mit einer soliden und gesunden Struktur im Betriebsbereich ist die Gemeinde für die künftigen Herausforderungen finanziell bestens aufgestellt. Bürgermeister Miola bedankt sich bei den Mitarbeitern der

Kämmerei, vor allen Dingen bei der Fachbeamtin für das Finanzwesen Frau Christina Ceder, die ihren ersten Haushalt aufgestellt hat und gleich ein solches Lob erhielt.

Klärschlamm Entsorgung

Von Seiten des Verbandsbauamt Gaildorf wird zum Ausschreibungsergebnis vorgetragen, dass das Angebot für die nächsten 3 Jahre pro Tonne bei 98,50 Euro liegt, das die MSE abgegeben hat. Dies ist ein gutes Ergebnis, da wir vor 2018 69,46 Euro pro Tonne bezahlt haben und in der Zwischenzeit bis heute zwischen 137,00 bis 150,00 Euro pro Tonne.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Mauer in der Tälestraße

Im Gemeinderat war eine Anfrage gestellt worden, wie es mit der Sanierung der Mauer weitergeht. Bürgermeister Miola informiert, dass das Landratsamt Schwäbisch Hall an diesem Sachverhalt noch arbeitet.

Bepflanzung Lärmschutzwand entlang dem Baugebiet Mühläcker

Bürgermeister Miola informiert den Gemeinderat über die Anfrage aus dem Gemeinderat, dass eine weitere Bepflanzung entlang der Lärmschutzwand nicht mehr stattfinden wird. Dies hängt vor allen Dingen damit zusammen, dass mehrere Versuche fehlgeschlagen sind, die Pflanzen vertrocknen.

ELR-Fördermittel für den Ortsteil Brückäcker in Fichtenberg

Bürgermeister Miola hat zusammen mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall und dem Regierungspräsidium Stuttgart geklärt, ob dort vielleicht ELR-Mittel möglich wären. Dies konnte von dort bestätigt werden. Es soll deshalb ein Termin mit den Grundstücksbesitzern und Einwohnern aus diesem Teilbereich von Fichtenberg im Herbst stattfinden. Hierbei soll geklärt werden, ob Interesse vorhanden ist, bzw. auch nachgefragt, ob Investitionen für die Substanz oder auch Erweiterungen geplant sind, die eventuell durch das Programm mit einem Zuschuss abgedeckt werden könnten. Auch die Gemeinde kann im Rahmen dieser Maßnahme dann ggf. die Straßen den heutigen Gegebenheiten anpassen.

WIFI EU

Die EU hat wieder einen kostenlosen Gutschein für die Einrichtung eines WLAN-Hotspots ausgeschrieben. Die Gemeinde Fichtenberg hat daran teilgenommen.

Ehrung Gemeinderat Klaus Wohlfarth

Im Anschluss daran wird Gemeinderat Klaus Wohlfarth für 10-jährige Gemeinderatstätigkeit mit der Urkunde des Gemeindetages Baden-Württemberg geehrt.

Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im Baugebiet Waldeck wurde aus sozialen Gründen noch ein Bauplatz verkauft, bei dem der Antrag zwischen dem Verkaufsstopp und der Entscheidung im Gemeinderat lag.

Im Rathaus wurde eine Mitarbeiterin im Bau-/Lohnamt eingestellt.

Gemeinderatsfragestunde

Gemeinderätin Waltraut Wiegand informiert, dass im Bereich des Maibaums in Mittelrot in Richtung Rotbrücke eine 10-15 Meter Betonspur durch ein Fahrzeug entstanden ist. Diese Betonspur führt zu einer erheblichen Unebenheit und der Angelegenheit sollte nachgegangen werden. Aus dem Gemeinderat wird hierzu angemerkt, dass durch eine Brückenbaumaßnahme im Eichelbach entsprechende Betonfahrzeuge durchgefahren sind. Die Verwaltung wird sich der Sache annehmen.

Gemeinderat Jörg Weckler spricht im Bereich der Dappachstraße auf Höhe des Seniorenhotels und bis zur Wendeplatte Schäden an der Straße an. Bürgermeister Miola informiert, dass dies bekannt ist und auch in den Wegebauprogrammen berücksichtigt wird.

Im Weiteren nimmt er die Diskussion um das Mehrfamilienwohnhauses in Mittelrot zum Anlass, nachzufragen, ob der Verwaltung weitere Flächen in Ortsteilen bekannt sind, die durch keinen Bebauungsplan abgedeckt sind. Bei einem Bebauungsplan würden sich solche Fragestellungen nicht ergeben. Die Gemeindeverwaltung kennt nur noch eine Fläche in der Friedrich-Reinhardt-Straße, die auch damals schon zu Diskussionen geführt hat. Soweit sich solche Flächen ergeben, sollten sie durch Bebauungspläne geregelt und baurechtlich behandelt werden. In kleinen Teilorten kann dies durch Abrundungssatzungen erfolgen, aber man sollte auch darauf achten, dass landwirtschaftliche Entwicklungen dann dadurch tangiert sein können. Der Bestand dieser Anlagen ist wichtig, so aber auch die Entwicklung innerhalb dieser Ortschaften.

Gemeinderat Mathias Munz spricht an, ob die Verwaltung sich schon Gedanken gemacht hat, für eine Beleuchtungsregelung im Bereich des Ganges zum Kindergarten, wie er dies vor einigen Sitzungen angesprochen hat. Bürgermeister Miola ist darüber nichts mehr bewusst. Er bittet nochmals dies näher zu erläutern. Anhand des Beispiels vom Ort Achweiler erklärt Gemeinderat Munz, dass bei der Übergangsstelle ein Licht blinkt, wenn dort Schüler darüber gehen, wenn kein Schülerverkehr stattfindet (z.B. auch nachts), ist das Licht aus. Dies könnte in Fichtenberg vielleicht für den Bereich Unterführung Schulstraße in Richtung Schule/Halle installiert werden. Die Verwaltung wird dies in der nächsten Verkehrsschau ansprechen.

Dann fragt Gemeinderat Munz, ob in der Baumaßnahme in der Tälestraße Richtung Gewerbegebiet Hirschäcker auch Leitungen für die Breitbandversorgung mitverlegt worden sind. Bürgermeister Miola führt aus, dass es sich hier um eine Baumaßnahme der Telekom handelt, die die Gemeinde in dieser Frage nicht einbindet, da sie Selbstversorger sind. Wir werden nur angefragt, wenn Baumaßnahmen durch die Gasversorgung erfolgen, da wir dann aktiv daran teilnehmen können.

Anschließend weist Gemeinderat Munz im Zusammenhang mit dem Thema "Unser Dorf soll schöner werden" auf die Lärmschutzwand beim Baugebiet Waldeck Richtung Oberrot-Hausen hin. Könnte dies nicht schöner gestaltet werden? Wer wäre zuständig? Die Fläche liegt direkt am Ortseingang. Dieses Thema wird als Punkt auf die nächste Bauausschusssitzung mitgenommen.

Gemeinderätin Bianca Weiss spricht das Parken während der Badesaison im Bereich des Gebiets Schelmenäcker an. Hofeinfahrten werden zugeparkt und auch die Dammstraße. Sie fragt nach, ob es nicht einfacher wäre, wenn wir die Parkgebühren erlassen, damit solche Sachen unterbleiben. Bürgermeister Miola erwidert, dass die Dammstraße geschlossen wird, wenn der Parkplatzwächter Gebühren erhebt. Dies kann in letzter Zeit selten der Fall gewesen sein, da wir keinen Parkwächter hatten. Die Parkgebühren sind eine gute Entschädigung für die Aufwendungen, die die Gemeinde hat. Vor allen Dingen parken am Wochenende eher Leute aus Stuttgart und dem Heilbronner Raum. Bei ordnungswidrigem Parken hilft nur der Anruf bei der Polizei.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola bei den ausscheidenden Gemeinderäten, die heute ihre letzte "Arbeitssitzung" hatten, für ihre langjährige Mitarbeit und vor allen Dingen auch für ihren Einsatz für die Belange unserer Bürgerinnen und Bürger sowie Einwohner in unserer Gemeinde. Er dankt gleichzeitig den anwesenden Kandidaten für ihre Kandidatur und dass sie sich auch bei den Gemeinderatssitzungen eingefunden haben.